

Polonaise auf dem Tempelhofer Feld

Nun können alle mitspielen und in einer Polonaise übers Feld marschieren. Vor allem auch die Spielverderber, die keine Wohnungen brauchen. Tilmann Heuser, Berliner Landesgeschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ist von Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) zum Koordinator für das Tempelhofer Feld ernannt worden. Nun wird der erklärte Bebauungsgegner bis Mitte 2015 Pläne entwickeln, was mit dem Areal des ehemaligen Flughafens Tempelhof in Zukunft geschehen soll.

In dem ganzen Verfahren gibt es einen beruhigenden Aspekt, nämlich den, dass letztlich Senat und Abgeordnetenhaus darüber zu entscheiden haben. Und wenn dies nicht im Sinne der Aktivisten geschieht, gibt es vermutlich den nächsten Volksentscheid.

Heuser plant natürlich nicht allein. Eine kompetente Gruppe aus Experten steht ihm zur Seite. Und diese kommen aus dem Nutzerbeirat, den Fraktionen des Abgeordnetenhauses, den Bezirken, den Naturschutzverbänden, der BI 100 Prozent Tempelhof, dem Landessportbund und irgendwelchen anderen Verwaltungen. Diesem kleinen, sicherlich wegen der Einmütigkeit bei den Zielen, effektiv arbeitende Kreis, gehören aber leider nicht alle relevanten Gruppen an, die unsere Gesellschaft aufzubieten hat, und die bei so einem Projekt einfach unabdingbar sind. Wo sind die Vertreter der Religionsgemeinschaften, der Evangelischen und Katholischen Kirche, der Jüdischen Gemeinde und des Zentralrats der Muslime in Deutschland? Ich vermisse die Frauen- und Gleichstellungsvertreter/innen, den Landesjugendring, den Schwulen- und Lesbenverband, die Gewerkschaften, und vor allem die Vertreter der Medien, die doch zum Teil völlig objektiv im Vorfeld des Bürgerentscheids berichtet haben. Es ist zwingend erforderlich, dass diese wichtigen Gruppen am Prozess beteiligt werden.

Aber mal den Zynismus beiseite gelegt, schlimm ist das Signal, das vom Tempelhofer Volksentscheid ausging. Jede kleine Anwohnergemeinschaft formiert sich nun zu einer Bürgerinitiative, wenn ein freies Grundstück auf der gegenüberliegenden Straßenseite bebaut werden soll. Da gibt es in Friedrichshain ein 2,64 ha großes Gelände an der Boxhagener Straße. Hier sollen (*Quelle: RBB Abendschau*) 660 Wohnungen, ein kleiner Teil davon zu günstigen Mieten, und eine Kita mit 90 Plätzen entstehen. Für die „Anwohnerinitiative Freudenberg Areal“ sind das zu viele Wohnungen und die Kita ist zu klein. Man hätte gern 300 Wohnungen, und alle natürlich zu erschwinglichen Mieten. Wie das rechnerisch gehen soll, ohne dass der Bau-

herr pleite geht und ein paar Millionen Schulden hinterlässt, verrät uns die Initiative nicht. Die Realitätsferne dieser „Nimby-Bürger“ („Not in my Backyard“ oder auch als St. Florians-Prinzip bekannt) ist erschreckend.

Zum Glück haben wir noch einen Senat, der in solchen Fragen entscheidet, nämlich nach den Vorstellungen des Investors zu bauen. Ein Fünftel der Wohnungen gehen nach Fertigstellung an die HoWoGe und werden von dieser zu preiswerten Mieten angeboten. Das ist eine private Subvention des Investors, denn die Kosten für diese Wohnungen wird er durch den Verkauf nicht wieder hineinbekommen. Anstatt dies wohlwollend anzuerkennen, hört man schon wieder die Rufe, dass der Investor immer noch genügend an dem Projekt verdiene. Ja, liebe Aktivisten der verschiedenen Initiativen, das ist das Prinzip einer Investition, dass man daran verdient. Wer würde sonst noch investieren? Aber Geldverdienenwollen ist für viele halt verwerflich.

Natürlich behält sich die Anwohnerinitiative vor, ein Bürgerbegehren zu veranstalten. Dass die Mieten im vorhandenen Wohnungsbestand immer teurer werden, wenn die Nachfrage steigt und keine neuen Wohnungen entstehen, scheint vielen egal zu sein. Das nenne ich dann vorbildliches Sozialverhalten.

Ed Koch